



**Fraktion der Bürgerbewegung pro Köln e.V.  
im Rat der Stadt Köln**

An den  
Vorsitzenden des Ausschusses  
Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen  
Herrn Michael Zimmermann

Telefon: 0221 / 221 – 9 15 12

Herrn  
Oberbürgermeister Fritz Schramma

Telefax: 0221 / 221 – 9 15 15

Eingang beim Amt des Oberbürgermeisters:

**AN/0618/2008**

**Anfrage gem. § 4 der Geschäftsordnung des Rates**

<b>Gremium</b>	<b>Datum der Sitzung</b>
Ausschuss Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen	14.04.2008

**Beziehungen der Stadt Köln zur Kölner Opferhilfe e.V.**

Sehr geehrter Herr Ausschußvorsitzender Zimmermann,  
sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Schramma,

die Fraktion pro Köln bittet Sie, die folgende Anfrage in die Tagesordnung der nächsten Sitzung des Ausschusses Allgemeine Verwaltung und Rechtsfragen aufzunehmen:

Die Kölner Opferhilfe e.V. ist kürzlich in die öffentliche Kritik geraten. Dem Verein, der berechtigt ist, steuerlich abzugsfähige Spendenquittungen auszustellen, wird laut „Kölner Stadt-Anzeiger“ vom 2. April 2008 nachgesagt, er habe mit Euro 57.000 im vergangenen Jahr das Gros seiner Einnahmen einem einzigen Mediziner für therapeutische Maßnahmen zukommen lassen. Der Schirmherr und die Vorsitzende des Vereins, Fritz und Ulla Schramma, sollen dem Verein städtische Räumlichkeiten unentgeltlich zur Verfügung gestellt haben.

Dazu fragen wir an:

- 1.) In welcher Rechtsbeziehung steht die Stadt Köln zum Verein Kölner Opferhilfe e.V.?
- 2.) Trifft es zu, daß die Stadt Köln der Kölner Opferhilfe e.V. im Dezember vergangenen Jahres oder zu einem anderen Termin den Hansasaal des Historischen Rathauses kostenlos für eine außerordentliche Vorstandssitzung zur Verfügung gestellt hat?
- 3.) Falls ja, auf welcher Rechtsgrundlage ist dies geschehen?

gez. Rouhs, Jung